

Ampel uneins über die Isolationspflicht

Die Corona-Isolationspflicht sei als staatlicher Eingriff derzeit nicht mehr zu rechtfertigen, sagt der rheinland-pfälzische FDP-Fraktionsvorsitzende Philipp Fernis. Vorgestern hatte das SPD-Gesundheitsministerium der Forderung noch eine Absage erteilt. Auch die Grünen sind komplett anderer Auffassung als der Ampel-Partner.

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Das Nachbarland Österreich schafft zum 1. August die Isolationspflicht für Corona-Infizierte ab. Einige andere europäische Länder haben den Schritt schon hinter sich. Auch in Deutschland sind in den vergangenen Tagen Stimmen laut geworden. Der Bundeschef der Kassenärzte, Andreas Gassen, war mit einer Forderung nach der Abschaffung aller Isolations- und Quarantänepflichten zur Linderung der Personalnot vorgeprescht.

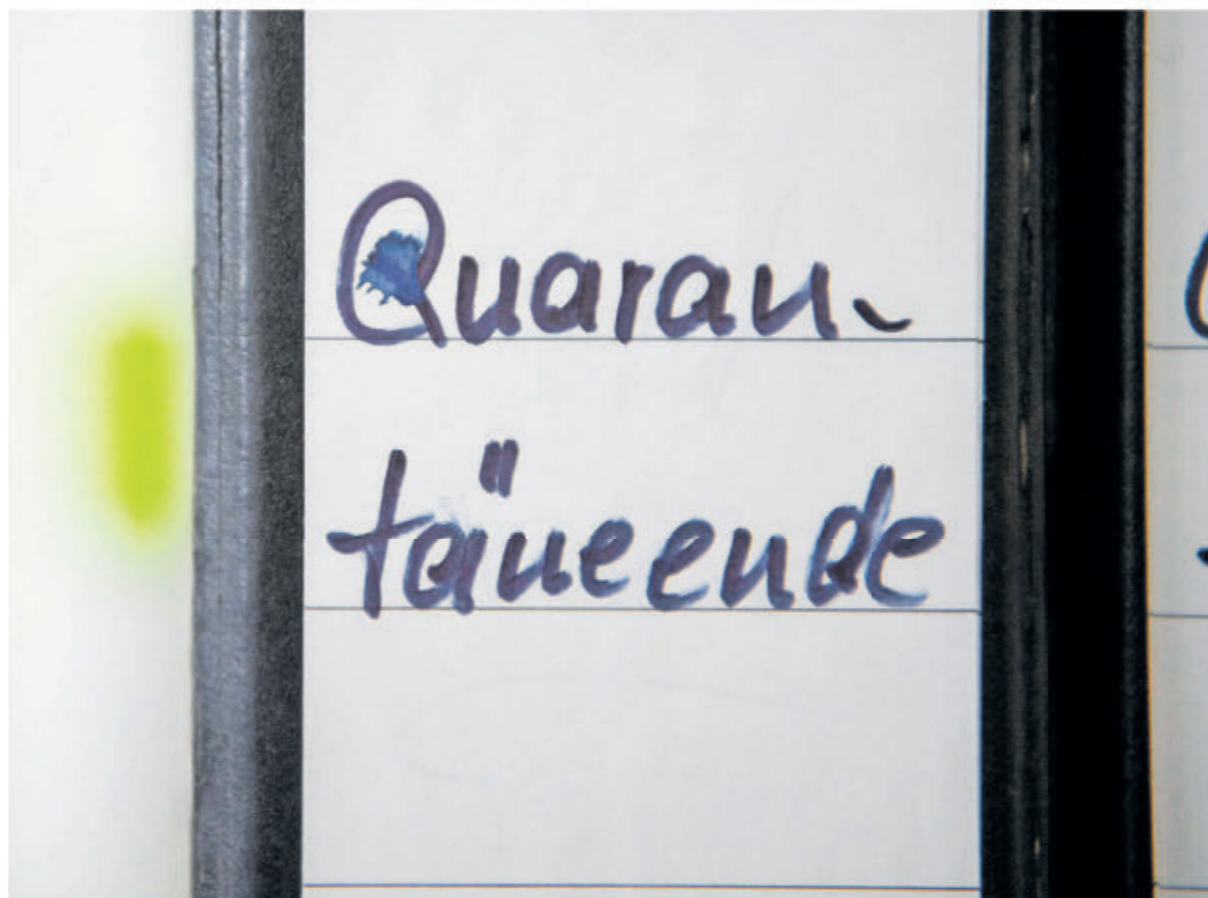
Spitzenpolitiker der FDP wie Wolfgang Kubicki schlossen sich der Forderung an. Nun stellt auch die rhein-

land-pfälzische FDP die Forderung nach einer Abschaffung. Es sei eine Frage, bei der man nun auf mehr Eigenverantwortung der Menschen und Unternehmen setzen könne, sagte der FDP-Fraktionsvorsitzende Philipp Fernis unserer Zeitung. „Wer krank ist, sollte auch zu Hause bleiben.“ Es gehe ihm nicht darum, Wirtschaft und Gesundheit gegeneinander zu stellen, so Fernis. Die Isolationspflicht sei in der jetzigen Situation aber ein zu starker staatlicher Eingriff in die individuelle Lebensführung. Man könne doch nicht erklären, warum Infizierte mit kleinen Kindern nicht wenigstens spazieren gehen dürften.

In Rheinland-Pfalz müssen sich positiv getestete Personen derzeit isolieren und können frühestens nach fünf Tagen wieder raus. Voraussetzung dafür ist, dass die Person 48 Stunden keine typischen Symptome einer Corona-Infektion aufweist. Liegen Symptome vor, endet die Absonderung spätestens nach zehn Tagen.

Das Land hat darüber hinaus die sogenannte Arbeitsquarantäne eingeführt. Beschäftigte Infizierte ohne Symptome können nach Absprache mit ihrem Arbeitgeber unter strengen Bedingungen auf der Arbeit erscheinen.

Landesimpfkoordinator Daniel Stich (SPD) hatte dieses Instrument noch am Dienstag als ausreichende Ausnahme von der Isolation in



Die Parteien im Land streiten über Sinn oder Unsinn der Corona-Isolationspflicht. Selbst in der Ampelkoalition sind die Akteure darüber uneins.

FOTO: DPA

Rheinland Pfalz bezeichnet. Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach erteilte der Forderung nach Bekanntwerden sofort eine Absage.

„Infizierte müssen zu Hause bleiben. Sonst steigen nicht nur die Fallzahlen noch mehr, sondern der Arbeitsplatz selbst wird zum Sicherheitsrisiko“,

schrub der SPD-Politiker auf Twitter. „Ich glaube, dass sich Gesundheitsminister Clemens Hoch einer solchen Entwicklung nicht in den

Weg stellt“, sagte FDP-Fraktionschef Fernis. Doch auch der andere Koalitionspartner ist da nicht auf Linie mit den Liberalen – wie bei den meisten Corona-Fragen.

„Die Isolationspflicht macht weiter Sinn, denn die Pandemie ist nicht vorbei“, sagte Grünen-Fraktionschef Bernhard Braun unserer Zeitung. Die Aufhebung würde die Infektions- und Hospitalisierungszahlen gerade im Herbst und Winter noch weiter in die Höhe treiben.

„Die Leidtragenden wären wieder das Personal in den Krankenhäusern, die Menschen, die ihre dringend benötigte medizinische Behandlung nicht erhalten, sowie Familien, Kinder und Jugendliche“, so Braun. Man müsse erneute Einschränkungen für Familien und junge Menschen „unbedingt verhindern“.

Eine kritische Stimme kommt auch aus der Wirtschaft. Johannes Heger, Präsident der Landesvereinigung der Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz, hält die Abschaffung der Isolationspflicht für keine gute Idee. Wenn Kranke in den Betrieben kämen, würde der Arbeitsplatz zu einem unsicheren Ort, sagte er dem Volksfreund. „Wir haben die ganzen Monate gesagt, dass Unternehmen und Arbeitsplätze nicht der Ort der Ansteckung waren – das muss jetzt nicht beginnen, indem wir alle Infizierten an den Arbeitsplatz zurückrufen.“

Ruhestandspriester des Bistums wegen Nötigungsverdacht vor Gericht

Weil er vor 25 Jahren einen jugendlichen Messdiener bedrängt haben soll, muss der Priester sich verantworten. Die Vorwürfe gegen ihn sorgen seit Jahren für Schlagzeilen.

VON ROLF SEYDEWITZ

TRIER Ein Ruhestandspriester aus dem Bistum Trier muss sich demnächst wegen sexueller Nötigung vor dem Landgericht Saarbrücken verantworten. Das bestätigte ein Sprecher des Gerichts der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA). Die Staatsanwaltschaft hatte in dem Fall im März Anklage erhoben. Zuvor hatte das Bistum Strafanzeige gegen den Mann gestellt. Dem Ruhestandspriester wird vorgeworfen, 1997 in seinem Pfarrhaus im Saarland einen damals 14 Jahre alten Messdiener „sexuell motiviert unangemessen berührt und dazu körperliche Gewalt angewendet“ zu haben. Der Geschädigte soll sich gewehrt haben und schließlich geflüchtet sein. Der Beschuldigte bestreite den Tatvorwurf.

Der Pfarrer war in der Vergangenheit schon mehrfach wegen sexuellen Missbrauchs angezeigt worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelte jeweils, stellte die Verfahren alle ein,



Die katholische Kirche ist wegen immer neuer Missbrauchsvorfälle seit Jahren in den Schlagzeilen.

FOTO: DPA

meist wegen Verjährung. In einem Fall soll der Beschuldigte 2006 ein Teilgeständnis abgelegt haben.

Brisant ist, dass der Fall in die Zuständigkeit von drei heute amtierenden Bischöfen fällt, dem heutigen Kardinal Reinhard Marx, dem Chef der Deutschen Bischofskonferenz,

Bischof Georg Bätzing (Limburg), und dem Trierer Bischof Stephan Ackermann. Die drei Bischöfe haben mehrfach eingeräumt, dass im Umgang mit den Missbrauchsvorfällen in dem Fall Fehler passiert seien.

Gegen den Ruhestandspriester läuft seit 2018 auch ein Verfahren vor dem Kölner Kirchengericht. Zudem befasst sich die Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs im Bistum Trier mit dem Fall.

Wegen der Vorwürfe gegen den Ruhestandspriester hatte die betroffene saarländische Kirchengemeinde im Saarland den Trierer Bischof von einer Firmung zunächst ausgedient. Der Pfarrenrat warf Ackermann mangelndes Interesse und Engagement für die Probleme der Kirchengemeinde sowie eine Vernachlässigung seines Hirtenamtes vor. Nach einem klärenden Gespräch durfte der Bischof dann doch selbst firmen.

Ein Termin für die Hauptverhandlung gegen den Ruhestandspriester steht noch nicht fest.

Hohe Energiepreise: Land fördert Beratung für Privathaushalte

Die Bürger sollen mit Beratungsangeboten unterstützt werden. Dafür steckt das Land mehr als eine halbe Million Euro zusätzlich in Verbraucherzentrale und Energieberatung.

VON SEBASTIAN STEIN

MAINZ Wegen der steigenden Energiekosten unterstützt die Landesregierung die Energieberatung und die Verbraucherzentrale in Rheinland-Pfalz mit insgesamt 600.000 Euro. Das haben die zuständigen Ministerinnen und Minister nach einem Runden Tisch „Energiepreise“ am Mittwochabend bekanntgegeben. 20 Beteiligte aus Regierung, Wirtschaft und weiteren Institutionen hatten dort beraten. Mit dem Geld will das Land Privathaushalte bei der Bewältigung aktueller Belastungen infolge von Inflation und Krieg unterstützen.

300.000 Euro sollen an das Angebot zur Schuldner- und Insolvenzberatung gehen. Dazu soll auch die „Gemeinwesenarbeit“ in benachteiligten Stadt- und Ortsteilen gestärkt werden. Man wolle mit der Unterstützung „soziale Härten“ vermeiden, sagte Sozialminister Alexander Schweitzer (SPD).

Für die direkte finanzielle Ent-

lastung der Menschen ist die Bundesregierung zuständig, Schweitzer bezeichnete die bisherigen Entlastungen sowie die angekündigte Reform des Wohngeldes als einen „wichtigen Schritt in die richtige Richtung“.

In Rheinland-Pfalz sollen weitere 150.000 Euro an die derzeit stark nachgefragte Energieberatung der Verbraucherzentrale gehen. Mit den zusätzlichen Mitteln könne man die bestehende Energiehotline sowie die Energiekostenberatung verstärken, so Klimaschutzministerin Katrin Eder (Grüne). Zusätzlich sollen Web-Seminare angeboten und Informationsmaterialien erarbeitet werden.

Derzeit fließen nach Angaben des Klimaschutzministeriums jährlich 1,3 Millionen Euro an die Verbraucherzentrale für die Energieberatung. Der Bedarf sei erheblich angestiegen, sagte Eder. Im vergangenen Jahr sei diese mehr als 21.000 Mal in Anspruch genommen worden, dieses Jahr bis Juni bereits mehr als

16.500 Mal. Neben der jährlichen Förderung mit etwa drei Millionen Euro will das Land auch 150.000 Euro für die personelle Verstärkung der Verbraucherzentrale geben. „Die Verbraucherinnen und Verbraucher im Land brauchen Information und Beratung, um planen zu können, wie sie sich am besten auf die Preissteigerungen bei den Lebenshaltungs- und Energiekosten vorbereiten können“, so Verbraucherschutzministerin Katharina Binz (Grüne). Die Menschen sollten sich schnell auch digital informieren und beraten lassen können. Beratungstermine gibt es online unter www.verbraucherzentrale-rlp.de.

Vergangene Woche hatten Landesregierung und Kommunen eine 15-prozentige Einsparung von Energie als gemeinsames Ziel ausgegeben. Zu den geplanten Maßnahmen gehören die Verringerung der Kühlungsleistung der Raumtemperatur, die Abschaltung von Beleuchtungen und die Reduzierung des Warmwasserverbrauchs.

Wer fertigt die schönste Loreley-Statue?

Die Verbandsgemeinde Loreley will Ausflüglern auf ihrem berühmten Felsen wieder eine Statue bieten. Daher hat sie einen Wettstreit von Künstlern gestartet.

VON JENS ALBES

ST. GOARSHAUSEN (dpa) Wo ist die Loreley? Tausende Touristen finden zwar ihren Weg auf das weltberühmte Felsplateau hoch über dem Rhein. Nach einer Statue als sichtbaren Ausdruck der gleichnamigen Sage suchen viele aber vergeblich. Dabei gibt es im Umfeld sogar zwei Loreley-Figuren – und eine dritte soll hinzukommen. Zugleich geht die Schönheitskur bei diesem Herzstück des Welterbes Oberes Mittelrheintal weiter. Dieses erstreckt sich mit der wohl höchsten Burgendichte der Welt von Koblenz bis nach Bingen und Rudesheim. Der Sage nach kämmt sich die Zauberin Loreley 132 Meter über dem Rhein ihr güldenes Haar. Damit lockt sie fremde Schiffer gegen die von reißender Strömung umspülten Schieferfelsen in den Tod. Einheimischen Fischern hingegen weist sie den Weg. Seit

dem 19. Jahrhundert gilt das Loreley-Plateau bei St. Goarshausen als Inbegriff der Rhein-Romantik. Der Strom zwingt sich hier durch einen nur rund 130 Meter breiten, aber etwa 20 Meter tiefen Engpass.

Bis zum 21. August können die Einwohner der Verbandsgemeinde (VG) Loreley über eine neue Statue abstimmen. Kaum ein anderes Thema werde so emotional unter den Bürgerinnen und Bürgern diskutiert wie die individuelle Vorstellung von einer neuen Loreley-Statue“, teilt die VG mit. Aus 53 anonym von Künstlern eingereichten Skizzen habe ein Preisgericht zehn Entwürfe zur Ausarbeitung als kleineres Modell ausgewählt und davon drei zur Abstimmung bestimmt. Ein Entwurf mutet traditionell an, ein zweiter et was abstrakter und ein dritter wie eine dreidimensionale Zeichnung mit wenigen Linien. Im Besucherzentrum der Loreley sind die Model-

le in einer eher unauffälligen Vitrine ausgestellt.

Die neue Statue soll keineswegs an der Spitze des Felsplateaus mit der spektakulären Aussicht thronen. Die Geschäftsführerin des Zweckverbands Welterbe Oberes Mittelrheintal, Nadya König-Lehrmann, erklärt: „Das wollen viele, aber nicht alle. Manche sagen, die Spitze des Loreley-Felsens soll für sich stehen.“ Die Statue werde daher weiter zurückgesetzt aufgestellt.

Die erste Loreley-Statue von einem italienischen Künstler hat seit Ende der siebziger Jahre auf dem Felsplateau neben dem inzwischen abgerissenen Berghotel gestanden. Dann ist das tonnenschwere Kunstwerk aus Stein in einen Biergarten auf dem Felsen umgezogen.

Loreley Nummer zwei zielt seit 1983 die Hafenturm-Statue von St. Goarshausen. Ihre Vorgeschichte reicht bis 1969 zurück. Hunderte Künstler

schicken damals Entwürfe, von einem übergroßen schwebenden BH über einen riesigen Frauenmund bis zu einem gigantischen Frauenbein als Aussichtsturm. Doch es kommt wegen Geldmangels zu keiner Entscheidung. Später gestaltet die russischstämmige Schwedin Natascha Alexandra Prinzessin Jusopov, Schülerin eines Schülers des französischen Bildhauers Auguste Rodin, eine nackte Bronze-Loreley und schenkt sie der Stadt St. Goarshausen. VG-Bürgermeister Mike Weiland (SPD) sagt: „Natürlich hätte es nahegelegen, einfach diese Statue hoch aufs Plateau zu hieven. Der Stadtrat von St. Goarshausen legt aber höchsten Wert darauf, sie auf der Mole zu lassen.“

Daher eine künftige dritte Loreley-Statue. Manche finden dieses Projekt zu teuer. Weiland verweist auf Kunstexperten: Demnach seien die veranschlagten rund 107.000

Euro Gesamtkosten angemessen. Andere Kritiker monieren, dass nur Bürger der VG Loreley über die drei Entwürfe abstimmen dürfen, obwohl womöglich das rheinland-pfälzische Innenministerium einen Großteil der Kosten begleicht.

Weiland und andere Politiker wollen dem Felsplateau mehr Glanz verleihen. Noch 2015 hat der damalige Mainzer Kulturstatssekretär Walter Schumacher (SPD) hier den Kultur- und Landschaftspark eröffnet. Verschwunden sind mehrere Gebäude und viel Asphalt, hinzugekommen neue Bäume, Sträucher, Bänke und Aussichtspunkte. Besucher erreichen die Felsenspitze mit der guten Aussicht nun auf einem schnurgeraden „Strahlenweg“, den manche als

zu breit kritisieren, oder auf einem kurvenreichen „Mythenpfad“.

Noch ist nicht alles fertig. So fehlen noch die Empfangsräume für den Landschaftspark in einem ehemaligen Turnerheim und die „Mythenhalle“ in einer Anhöhe, wie VG-Bürgermeister Weiland erläutert. Der Empfang mit Restaurant soll bis 2023 und die „Mythenhalle“ ein Jahr später fertig sein. Auf 20 bis 25 Millionen Euro beziffert Weiland die Gesamtkosten für die Umgestaltung des Felsplateaus seit 2016.

Bei der Bundesgartenschau (Buga) 2029 im Welterbe Oberes Mittelrheintal soll die Loreley eine der zentralen Flächen sein. Bald sollen Ideenwettbewerbe starten, wie diese bespielt werden könnten. Für die Loreley könnte es auf eine Schönheitskur 2.0 hinauslaufen.

Produktion dieser Seite:
Heribert Waschbüsch